

DIESE GRÜNEN!



HECKINGHAUSEN – EIN SPANNENDES QUARTIER

■ STADTTEIL IM DYNAMISCHEN WANDEL

Die Entwicklung Heckinghausens, des Wuppertaler Stadtteils, der bisher eher ein Schattendasein führte, hat eine bislang ungekannte Dynamik bekommen.

Seit drei Jahren läuft das Förderprogramm „Soziale Stadt“ für einen Teilbereich des Quartiers Heckinghausen. Entstehen wird ein neues Zentrum in Form einer Achse vom westlich gelegenen Bayer-Park an der Waldeckstraße über die Straßen Auf der Bleiche und Mohrenstraße bis zur Gustav-Müller-Anlage im Osten. In der Mitte: der Neubau des Stadtteilzentrums, der bis 2020 fertiggestellt sein soll. Ein großzügiges Gebäude, das vielfältige Nutzungsmöglichkeiten bieten wird. Ein weiteres Highlight: der Gasometer mit einem neuen Innenleben. Schon 2019 wird es hier eine Reihe kommerzieller Angebote geben: Fitness, Gastronomie, Tagungsräume – und einen grandiosen Blick über den Osten der Stadt. Eine Überraschung stellt die geplante Nutzung des ehemaligen Art-Fabrik-Hotels dar: Es soll der Kern einer weiteren Gesamtschule im Wuppertaler Osten werden. Dort kann die Nachfrage derzeit deutlich nicht erfüllt werden. Beide Bereiche bekommen darüber hinaus eine weitere Perspektive: den Zugang zur Wupper. Wo bislang altes Gewerbe und Industrie das Stadtbild prägten, sollen zukünftig Naturnähe und Erholung Einzug halten.



Ein Sorgenkind ist dagegen weiterhin die Heckinghauser Straße. Ausgebaut als Alternative während des Umbaus der B7, wurde die entstandene Schneise zu einer dauerhaften Barriere mitten durch den Stadtteil. Die Diskussion um eine menschengerechte Umgestaltung der Straße verlief bislang schleppend, die bisherigen Ansätze einer Veränderung waren sehr zaghaft und unterlagen der normativen Kraft des Faktischen – den Bedürfnissen der automobilen Gesellschaft. Ein neuer Entwurf mit dem Ziel der Überwindung dieser teilenden Schneise und unter Berücksichtigung des Wandels in der Mobilität wurde verwaltungsseitig auf den Weg gebracht. Man darf gespannt sein.

Eine bisher zu wenig beachtete Einrichtung der „Sozialen Stadt“ ist der Verfügungsfonds. Hier stehen Gelder zur Verfügung, mit denen Projekte und Aktionen im Quartier durchgeführt werden können. Von der Sitzbank bis zum Stadtteilstift ist vieles möglich. Die Bedingungen zum Abruf der Mittel werden momentan vereinfacht, so dass die Energie der Macherinnen und Macher mehr in das Projekt selbst gehen kann. Unterstützung bietet das Quartiersbüro. Aber: Mehr Interesse und Beteiligung der Einwohner*innen Heckinghausens ist dringend geboten! Denn nie waren die Bedingungen für positive Veränderungen so günstig wie jetzt.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen,

Wuppertal soll Fahrradstadt werden, die erstmalige Teilnahme am Stadtradeln war dank der vielen Mitstreiter*innen und tausender geradelter Kilometer ein Schritt in die richtige Richtung.

Viele Themen werden in Wuppertal diskutiert, eines davon ist die Zukunft der Kleinen Höhe. Wir finden, dass jetzt der Zeitpunkt für einen Ausstieg aus den Forensik-Planungen auf der Kleinen Höhe gekommen ist. Die Fläche an der Parkstraße muss geprüft werden, aber leider setzt die Mehrheit im Stadtrat noch die falschen Prioritäten.

Auch das Café Cosa kommt nicht zur Ruhe. Es ist für viele Menschen ein Glücksfall und an zentraler Lage unverzichtbar.

Wir wünschen Ihnen einen schönen Herbst und freuen uns, wenn Sie sich mit Fragen und Anregungen an uns wenden.

Ihr Redaktionsteam

KEINE RUHE FÜR DIE KLEINE HÖHE

■ PLÄNE FÜR DEN BAU EINER FORENSIK AUF DER KLEINEN HÖHE WERDEN WIEDER AKTIV VORANGETRIEBEN



Nach längerer Ruhe um eine mögliche Bebauung auf der Kleinen Höhe kommt jetzt wieder Bewegung in die Planung.

Zum Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen am 13.09.18 legte die Verwaltung eine Drucksache vor, die eine Weiterführung der Planung einer Forensik auf der Kleinen Höhe beinhaltet.

Die GRÜNEN im Rat fordern, ebenso wie die Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg, das Verfahren zur Findung einer geeigneten Fläche für eine

forensische Klinik im Landgerichtsbezirk Wuppertal neu aufzurollen, denn die Kleine Höhe muss eine unbebaute landwirtschaftliche Fläche bleiben, allein schon aus Gründen des Klimaschutzes.

Zusätzlich ist eine neue Fläche als Möglichkeit für einen Forensikstandort in die Diskussion gekommen: Da das Land NRW sich gegen einen Umzug der Bereitschaftspolizei von der Müngstener Straße zur Parkstraße in Ronsdorf entschieden hat, stände die Fläche an der Parkstraße theoretisch nun auch für eine Forensik zur Verfügung.

Das Land NRW hat sich aber zwischenzeitlich auch auf die Kleine Höhe fokussiert. Dabei ist der ursprüngliche Deal zwischen der Stadt und dem Land geplatzt, die Kleine Höhe für die Forensik und die Müngstener Straße für Wohnbebauung zu nutzen. Der Zeitpunkt für einen Ausstieg aus

den Planungen auf der Kleinen Höhe ist jetzt gekommen. Lippenbekenntnisse zum Thema Klimaschutz von der großen Kooperation aus CDU und SPD und ihrem Oberbürgermeister helfen nicht weiter, wenn auf der anderen Seite landwirtschaftliche Flächen für eine Bebauung geopfert werden.



Foto: Uwe Teubner

AUS DEM INHALT

Seite 2
GRÜNE fragen Bürger*innen

Seite 3
Praktika der GRÜNEN
Stadtverordneten

Seite 5
Gastkommentar:
Ethik-Unterricht an Grund-
schulen – nicht in unserer Stadt

Seite 5
Zum ersten Mal STADTRADELN
in Wuppertal!



GRÜNE FRAGEN BÜRGER*INNEN

■ MEINUNGEN ZUR BUNDESGARTENSCHAU IN WUPPERTAL – PRO ODER KONTRA?



Im Mai wurde der Politik die Machbarkeitsstudie für eine Wuppertaler Bundesgartenschau vorgestellt. In einer Sondersitzung des Rates wurden die Pläne vom Büro RMP Landschaftsarchitekten erläutert.

Als mögliche Standorte wurden die Tescher Wiese in Vohwinkel sowie die Königshöhe und die Kaiserhöhe genannt, denn eine Bundesgartenschau soll neue Orte erschließen, deshalb kommen die Barmer Anlagen oder die Hardt nicht infrage. Ein Highlight wäre eine 700 Meter lange Hängebrücke, auch eine Seilbahn, die Zoo und Stadion verbinden würde, gehört zum Plan. Der Eigenanteil, den die Stadt stemmen müsste, liegt bei rund 50 Millionen Euro. Ob der Zeitplan noch realistisch ist, steht mittlerweile in den Sternen. Um als Politiker*in über eine BUGA zu entscheiden, braucht man mehr Hintergrundinfor-

mationen. Die GRÜNE Fraktion wollte zunächst einmal die Stimmung der Wuppertaler*innen in Erfahrung bringen.

An drei Wochenenden fragten GRÜNE Stadtverordnete Spaziergänger*innen auf der Hardt, auf der Kaiserhöhe und im Nordpark nach ihrer Meinung zur geplanten Bundesgartenschau in Wuppertal.

Für uns GRÜNE sind diese direkten Kontakte zu den Bürger*innen sehr wertvoll, damit wir ein Stimmungsbild bekommen, auch wenn diese Momentaufnahmen natürlich nicht repräsentativ sind.

Die meisten Bürger*innen waren interessiert und informiert, wenige äußerten, dass die BUGA sie nicht interessiert oder sie noch nicht genügend Informationen dazu hätten. Die Meinungen waren sehr unterschiedlich, insgesamt mit einer eher positiven Tendenz. Die Begriffe „die Stadt

attraktiver machen“, „Aufwertung des Images der Stadt“ wurden mehrfach als Pro-Argumente vorgetragen, außerdem wurde die Hängebrücke als Highlight empfunden. Im Rahmen der positiven Reaktionen wurde z. B. auch angemerkt, dass Besucher*innen bei einer Schwebebahnfahrt eher die Hinterhöfe der Stadt sehen, bei der BUGA aber ein Blick über die schönen grünen Höhen der Stadt möglich sei.

Einige Bürger*innen berichteten über ihre Erfahrungen beim Besuch anderer Bundesgartenschauen. Als Kritikpunkte wurden häufig die hohen Kosten genannt, außerdem wurde angesprochen, dass „die Stadt wichtigere Themen angehen soll“, „die Stadt hat so viel Schulden“ etc. Einige Bürger*innen forderten, dass zuerst die bestehenden Parkflächen saniert werden sollten, insbesondere ging es um Verbesserungen an der Hardt. Kritik wurde daran geäußert, dass landwirtschaftliche Flächen/Freiflächen geopfert werden und anschließend Wohnraum geschaffen werden soll. Auch bemerkten einige wenige, es solle zuerst bezahlbaren Wohnraum für alle geben, bevor „Luxuswohnungen für Düsseldorf“ geschaffen würden. Gerade einige ältere Bürger*innen äußerten, dass die Planung sehr weitläufig sei und es sehr weite Wege zwischen den BUGA-Teilen geben würde. Außerdem waren einige darüber verwundert, dass die BUGA nur im Westen der Stadt stattfinden soll.

Als Dankeschön erhielten alle Gesprächsteilnehmer*innen eine Packung bienenfreundlicher Wild- und Kulturblumensamen, sozusagen die BUGA vor der Haustür oder auf dem Balkon.

CANNABIS –

■ EINE UMSTRITTENE ANGELEGENHEIT

Fachtag in Wuppertal informiert zum Thema

Auf unsere Anregung hin beschloss der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit im November 2017, einen Fachtag zum Thema Cannabis durchzuführen. Dieser fand am 20. Juni dieses Jahres in den Räumen der Bergischen Volkshochschule statt. Im Raum stand dabei natürlich auch die Frage, ob eine legale, kontrollierte Abgabe von Cannabis denkbar ist. Dabei vertraten die Referenten durchaus gegensätzliche Auffassungen. Lutz Middelberg, Geschäftsführer des Paritätischen in Wuppertal, setzte sich klar für eine Legalisierung ein, denn die Kriminalisierung führe oft dazu, dass Hilfsangebote nicht angenommen würden. Vor allem junge Cannabis-Konsument*innen bräuchten aber Hilfe und keine Strafe.

Genau die gegenteilige Auffassung vertrat der Referent der Polizei, Herr Bredemeier: Er plädierte dafür, Grenzen zu setzen, denn Strafen würden nachhaltig wirken. Der Mediziner Prof. Bonnet betrachtete das Thema wissenschaftlich, er stellte die möglichen Nebenwirkungen dar und verwies vor allem auf die Gefahren des Konsums für die Entwicklung des Gehirns bei Jugendlichen. Eine Position für oder gegen Legalisierung bezog er nicht. Das tat jedoch sehr eindeutig der Vorsitzende des Deutschen Hanfverbandes, Georg Wurth. Er begann seinen Vortrag mit einem Statement, das sinngemäß lautete: Was ist eigentlich kriminell daran, wenn man höchstens sich selbst, aber keinem anderen schadet? Nach seinen Erkenntnissen verringert ein Verbot den Konsum nicht, andererseits bindet die Verfolgung Ressourcen bei der Polizei. Die Kosten

hierfür könnten besser für Prävention eingesetzt werden. Er sprach sich für Modellprojekte für eine legale Abgabe von Cannabis aus und verwies auf verschiedene Staaten, in denen die Legalisierung bereits umgesetzt wurde (z. B. Kanada).

Leider waren bei der gut besuchten Fachtagung nur wenige Vertreter*innen der Politik anwesend. Doch gerade sie könnten an der entscheidenden Stellschraube drehen, wenn es darum geht, Modellprojekte umzusetzen. Denn bisher sind alle Anträge, die in diese Richtung zielen, am Betäubungsmittelgesetz gescheitert. Dieses Gesetz kann aber nur auf Bundesebene geändert werden. Deshalb wäre es wichtig, dass sich immer mehr Kommunen für solche Modellprojekte aussprechen. Auch eine Vernetzung, zum Beispiel über den Städte- tag, könnte Bewegung in die Sache bringen.

Wir als Wuppertaler GRÜNE würden solche Modellprojekte begrüßen! Denn auch wir sind der Auffassung, dass durch Kriminalisierung vielfach jungen Menschen Chancen verbaut werden. Außerdem könnte durch eine kontrollierte Abgabe der Gesundheitsschutz deutlich besser gewährleistet werden als beim illegalen Handel. Und die Kosten, die durch die Strafverfolgung entstehen – vielfach aufgrund von Beschaffungskriminalität –, könnten deutlich reduziert werden. Die frei werdenden Mittel könnten für Prävention oder für andere wichtige Aufgaben verwendet werden. Aber bis es so weit ist, muss vor allem bei den anderen Fraktionen noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Der Fachtag war dafür ein guter Einstieg, jetzt heißt es: dranbleiben!

DIE 7. GESAMTSCHULE FÜR WUPPERTAL:

■ ZUR RICHTIGEN ZEIT AM RICHTIGEN ORT!

Schon Anfang des Jahres hatte die GRÜNE Ratsfraktion in der Diskussion um den Schulentwicklungsplan 2018-2022 deutlich gemacht, dass sie der damals noch offenen Frage der zu wählenden Schulform für die geplante zusätzliche weiterführende Schule gelassen entgegensieht, da aus ihrer Sicht nichts anderes als eine siebte Gesamtschule infrage kam. Der Vorschlag der Verwaltung bestätigt die GRÜNEN darin ausdrücklich.

Der hierfür vorgesehene Standort in Wuppertal-Heckinghausen ist eine hervorragende Wahl. Die GRÜNEN haben immer Wert darauf gelegt, dass die siebte Gesamtschule dort errichtet wird, wo der tatsächliche Bedarf besteht, nämlich im Wuppertaler Osten. Der Standort Heckinghausen findet unsere volle Unterstützung, denn er berücksichtigt den Elternwillen vollumfänglich.

Von den 353 Kindern, die zum Schuljahr 2017/18 an einer Gesamtschule angemeldet und wegen fehlender Plätze abgewiesen wurden, stammten 261 Kinder aus den Stadtbezirken Barmen, Oberbarmen und Heckinghausen. Das entspricht einer Quote von 74 % und macht deutlich, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Es ist daher auch der GRÜNEN Dauerforderung, diese Zahlen ernst zu nehmen, zu verdanken, dass sich die Stadt nach langer Verweigerung nun end-



lich dieser Tatsache stellt und entsprechend handelt.

Natürlich wäre eine größtmögliche Unterstützung für dieses Vorhaben wünschenswert. Deshalb wäre es ein gutes Signal, wenn alle Fraktionen im Rat an erster Stelle den Elternwillen bei ihrer Entscheidung in den Blick nähmen und altbekannte und überholte politische Reflexe gegen die Gesamtschulen außen vor ließen. Die hervorragende Arbeit, die in den Gesamtschulen geleistet wird, lässt sich unter anderem an den Ergebnis-

sen des Deutschen Schulpreises 2015 und 2017 ablesen, als die Gesamtschule Barmen den Preis gewann und die ELSE unter den 14 besten Schulen Deutschland landete. Das zeigt, dass Gesamtschulen auch (oder gerade) in schwierigem Umfeld herausragende Ergebnisse erzielen und es vielen Kindern ermöglichen, ihren Fähigkeiten entsprechend den für sie passenden Bildungsabschluss zu erlangen – und zwar ohne frühzeitige Selektion und weitgehend unabhängig vom finanziellen Hintergrund des Elternhauses.

KINDERBETREUUNGSPLÄTZE

Elternbeitragsatzung für Kitas wird gerechter

Die Verwaltung schlug dem Stadtrat im Juli eine Neuregelung vor, die GRÜNE Forderungen nach einer gerechteren Staffelung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung aufgriff und mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Bislang mussten Familien bei einem Jahresnettoeinkommen ab 12.500 Euro Beiträge zahlen, die höchste Einkommensstufe begann ab 71.000 Euro. In beiden Fällen waren Familien in Wuppertal im interkommunalen Vergleich deutlich schlechter gestellt. In NRW gibt es nur sechs weitere Städte, die ähnlich verfahren. In allen anderen größeren Städten in NRW werden Eltern erst ab einem teilweise deutlich höheren Einkommen zur Kasse gebeten.

Im Zuge der Neuregelung werden nun alle Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen deutlich entlastet,

erst bei einem Jahresnettoeinkommen ab 80.000 Euro wird es durch die Neuführung weiterer Beitragsstufen vertretbare Erhöhungen geben. Damit wird Wuppertal zukünftig im Vergleich mit anderen Städten in NRW deutlich gerechtere und familienfreundlichere Beiträge haben als bisher.

Bezahlbare Betreuungsplätze sind für viele Familien ein wichtiger Faktor und ein bedeutender Schritt hin zu mehr Familienfreundlichkeit. Deshalb haben wir dieses Thema im vergangenen Jahr auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses und des Rates gesetzt und freuen uns, dass unsere Initiative nun Erfolg hat. Aber natürlich reicht das nicht aus, denn was nutzen gerechte Beitragsätze, wenn es keine Betreuungsangebote in der Stadt gibt? Immer noch tragen wir hier die rote Laterne im NRW-Vergleich und müssen deshalb beides im Blick halten: ausreichend viele und bezahlbare Kitaplätze.



GRÜN
WIRKT

Foto: privat

PRAKTIKA DER GRÜNEN STADTVERORDNETEN:

Permakulturhof „Vorm Eichholz“:

Bettina Brücher, Bürgermeisterin und Vorsitzende im Ausschuss für Umwelt

Während der Sommerferien absolvieren wir Stadtverordnete gerne Praktika, um uns aktiv vor Ort über soziale Einrichtungen, Vereine und Institutionen in Wuppertal zu informieren. Beim tatkräftigen Mitanfassen und Begleiten der Arbeiten erhalten wir Einsichten in Projekte und Arbeitsabläufe und können praktische Erfahrungen sammeln. Am 20.07.2018 waren wir zu Besuch auf dem Permakulturhof, denn an jedem ersten und dritten Freitag im Monat gibt es für Interessierte die Möglichkeit, dort mit den Mitgliedern der Bergischen Gartenarche zu gärteln.

Zuerst mussten sehr viele durstige Blumen und Pflanzen gewässert werden. Dann konnten wir dabei helfen, Weiß-



klees zu rupfen, welcher später als Gründüngung wieder verwendet wird. Erbsenschotensträucher wurden entfernt, um ihre Samen nach einer Trocknungszeit wiederzugewinnen. Die freigelegten Flächen wurden sofort gehackt, von Schnecken befreit und vorgewässert, damit dort wieder eingesät werden kann. Ein großes buntes Blumenfeld begeisterte nicht nur uns, sondern auch sehr viele Insekten.

Bei der gemeinsamen Arbeit erfuhren wir viel Wissenswertes über den Permakulturhof „Vorm Eichholz“, über die Bergische Gartenarche und darüber, wie dort nachhaltig angebaut wird. Nach der schweißtreibenden Arbeit saßen wir mit den Mitgliedern der Bergischen Gartenarche im Schatten des Apfelbaums zusammen und sprachen über die weiteren Pläne des Permakulturhofes.

Wuppertaler Tafel:

Fraktionsvorsitzender Marc Schulz

Die Wuppertaler Tafel versorgt jeden Tag viele hundert Menschen mit Lebensmitteln. Rund 200 Menschen sind dort ehrenamtlich tätig. Sie opfern ihre Freizeit, um anderen zu helfen, und erfahren dabei nicht immer nur Dankbarkeit, sondern werden gelegentlich auch Zielscheibe von Unzufriedenheit und Wut darüber, dass es einigen Menschen in einem so reichen Land wie Deutschland nicht möglich ist, sich regelmäßiges Essen zu leisten. So großartig es ist, dass sie sich so engagieren und dass Menschen hierfür spenden, so unerträglich ist es, dass es so etwas wie die Tafel in unserer Stadt überhaupt geben muss.

blicke, die man (und damit meine ich nicht nur Politiker*innen) normalerweise nicht erhält: ungeschminkte und unangenehme Einblicke. Menschen, die mit gesenktem Kopf zur Ausgabe kommen, Menschen, denen man die Wut über ihre Lebenssituation vom Gesicht ablesen kann, und viel zu viele ältere Menschen, deren Rente hinten und vorne nicht reicht. Und Kinder! Wenn es in einem Land, in dem jedes Jahr eine Billion Euro für Sozialleistungen aufgewendet werden und in dem über 150 unterschiedliche familienpolitische Leistungen gelistet sind, immer noch Menschen gibt, die sich keine regelmäßige Mahlzeit leisten können, dann stimmt etwas Grundlegendes nicht.

Café Cosa: Ilona Schäfer, gesundheitspolitische Sprecherin

Die Mauern müssen weg!

Ein bisschen Überwindung kostet es schon, hinter die Mauer zu treten, die das Café Cosa vom Kirchplatz trennt. Ich bin vor der offiziellen Öffnungszeit da, um vorab noch mit den hauptamtlichen Mitarbeiter*innen sprechen zu können. Und da ist sie dann auch gleich Thema, diese Mauer. Dahinter finden Drogendealer einen wunderbar uneinsehbaren Ort, um ihren Geschäften nachzugehen. Die Mitarbeiter*innen des Cafés haben dort kein Hausrecht und können nicht eingreifen, und die Polizei schaut auch nur selten hinter die Mauer, wird mir berichtet. Eine unglückliche Situation – das war von Anfang an klar und hat sich so bestätigt.

tig sind freies WLAN und eine kostenfreie Toilette. Auch der Tausch von mitgebrachten Spritzen gegen neue, sterile ist ein Angebot, das von vielen genutzt wird. Die meisten Gäste kommen öfter her, sodass sich ein Vertrauen zwischen den Besucher*innen und den Mitarbeiter*innen aufbaut. Egal welche Probleme sie gerade belasten, hier können sie sie ansprechen und bekommen Rat und Hilfe. Ein Besucher hat z.B. eine Mahnung mitgebracht, die WSW haben eine hohe Stromkosten-Nachforderung. Zwei Stunden später hat eine Sozialarbeiterin eine Lösung für das Problem gefunden und dem Besucher ist seine Dankbarkeit deutlich anzusehen.

Ganz wichtig ist das Café Cosa aber auch für die Menschen, die hier eine Qualifizierungsmaßnahme machen.

Der zukünftige Standort des Café Cosa im Wupperpark Ost ist unter diesen Gesichtspunkten die beste Lösung – außerhalb der Fußgängerzone, aber nah genug am Treffpunkt der süchtigen Menschen, um sie im Blick zu haben. Ich bin im Café jedenfalls an meinem Praktikumstag sehr freundlich aufgenommen worden, sowohl von den Hauptamtlichen als auch von Maßnahmen-Teilnehmer*innen und Besucher*innen. Daher kann ich jedem nur empfehlen, sich selbst einmal von der wichtigen Arbeit des Café Cosa zu überzeugen! Ein Blick hinter die Mauer vor dem Café kann vielleicht auch Mauern in den Köpfen bröckeln lassen.



Trotzdem ist das Café Cosa für viele Menschen ein Glücksfall! Für die Besucher*innen, die hier einen Teil des Tages verbringen können und für kleines Geld Getränke oder Brötchen bekommen. Mindestens ebenso wich-

Auf ganz niedrigschwelligem Niveau können sie hier mit wenigen Arbeitsstunden pro Tag einsteigen, auf besondere Bedürfnisse wie regelmäßige Arztbesuche von Substituierten wird Rücksicht genommen. Die Tagesstruk-

ture ist ein wichtiger Faktor, um von den Drogen loszukommen oder nicht rückfällig zu werden, wie mir mehrere Teilnehmende berichten. Diese wichtige Aufgabe des Cafés wird leider in den Presseberichten gerne außen vor gelassen. Und in den Gesprächen wurde auch noch einmal deutlich gemacht, dass eine zentrale Lage für das Café sehr wichtig ist. Die Menschen treffen sich an einem Ort, der für sie gut erreichbar ist – und das ist eben der Bahnhof und sein Umfeld. Allerdings wurde auch klar: Die Lage „auf dem Präsentierteller“, wie am Kirchplatz der Fall, ist keine gute Lösung – weder für die umliegenden Geschäftsleute noch für die Besucher*innen des Cafés. Die Situation dort jedoch mit Hitchcocks Film „Die Vögel“ zu vergleichen (wie im WZ-Kommentar vom 18. August), wird der Sache in keiner Weise gerecht, ist einfach nur diskriminierend und baut neue Barrieren auf!



Armut ist in Deutschland für viele von uns oft nicht sichtbar oder zumindest so versteckt, dass es leichtfällt, sie (bewusst oder unbewusst) zu übersehen. Gleichzeitig kann man das wachsende Ungerechtigkeitsempfinden und die Angst und Unzufriedenheit in unserer Gesellschaft nur begreifen, wenn man bereit ist, sie zu sehen. Deshalb habe ich in der einen Praktikums- tag im Sozialmobil der Wuppertaler Tafel absolviert, bin mit zu den Verteilstellen am Wichlinghauser Markt, am Oberbarmer Bahnhof, am Döppersberg und am Rathaus gefahren und habe dort Lebensmittel verteilt. Das macht mich noch lange nicht zu einem Experten, aber man bekommt Ein-

Dann reicht es nicht, sich über zehn Euro mehr Kindergeld hier und 5 % Erhöhung dort zu unterhalten, dann stellt sich die Systemfrage. Erreicht unser Sozialsystem noch diejenigen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind? Wie können wir den Menschen wieder ein menschenwürdiges Leben ermöglichen? Ich glaube, dass das Geld dafür da ist, aber die Art der Organisation einfach nicht mehr stimmt. Wir brauchen eine Grundversicherung, die ein würdiges Leben garantiert. Bis dahin sind viele Menschen weiterhin auf die Tafel und ähnliche Einrichtungen angewiesen.

Deshalb: Danke für euer Engagement!



Utopiastadt: Elberfelder Stadtverordneter Klaus Lüdemann

Am 22. August konnte ich einige Stunden lang den Alltag hinter den Kulissen von Utopiastadt im Mirker Bahnhof erleben. Es begann mit einer Zählung der Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen auf der Trasse. Ich war erstaunt, wie viele Radfahrer*innen vorbeikommen. 300 bis 400 pro Stunde, abhängig von der Tageszeit.

Weiter ging es mit dem Aufbau von Bauzäunen rund um das Beach-Volleyball-Feld. Später räumte ich mit zwei Praktikantinnen den Gang neben der Werkstatt auf. Dort standen u.a. noch Sachen vom Trassen-Jam. Dabei konnte ich auch einen Blick in den Wartesaal Erste Klasse werfen. 2004 war

dort als Konzert-, Theater- und Kleinkunstbühne schon mal eine Generalprobe gelaufen. Jetzt stehen dort viele Gegenstände, die eventuell noch mal gebraucht werden, u.a. eine Couch. Am Nachmittag erlebte ich den Betrieb im Fahrradverleih und sah, dass täglich Fahrräder verschrottet werden, weil sich eine Reparatur nicht mehr lohnt. Das gilt besonders für Fahrräder aus dem Baumarkt und aus Supermärkten. 40 Räder sollen ständig zum Verleih vorgehalten werden, zurzeit sind es 80. Regelmäßig kommen neu gespendete Räder hinzu.

Nebenbei konnte ich immer wieder erleben, wie es gelingt, 100 bis 150 sich ehrenamtlich engagierende Menschen zu koordinieren. Ohne diese könnte Utopiastadt nicht solch eine



Fotos: Praktika, privat

Wirkung für Wuppertal entfalten. Mit einem Gespräch mit David J. Becher, dem Vorsitzenden des Vereins Utopiastadt, endete mein Praktikumstag. Es

4

hat mir sehr gefallen und ich habe viel gelernt.

www.clownfisch.eu/utopia-stadt

Jugendfarm: Jugendpolitischer Sprecher Paul Yves Ramette

Ein Tagespraktikum bei der Kinder- und Jugendfarm in der Rutenbeck. Ich habe ganz viele superengagierte Kinder, Jugendliche und Erwachsene getroffen. Kinder und Jugendliche haben hier viel Eigenverantwortung und meistern den Farmalltag. Ich war begeistert, wie selbstständig und selbstbewusst die Kinder sind. Ein wirklich toller Ort! Danke, dass ich dabei sein durfte.



PRAKTIKA DER GRÜNEN STADTVERORDNETEN:

Kommunaler Ordnungsdienst: Marc Schulz

Anfang August habe ich ein eintägiges Praktikum beim Wuppertaler KOD gemacht. KOD steht für den Kommunalen Ordnungsdienst, der für die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt zuständig ist. Oftmals wird die Arbeit des KOD gleichgesetzt mit der Jagd auf Falschparker*innen, Raser*innen, Radler*innen ohne Licht und Kaugummiausspucker*innen.

Dabei ist sein Tätigkeitsbereich viel umfangreicher. Ein seit vier Tagen in einer Wohnung eingesperrter Kampfhund, eine Messie-Wohnung, ein halterloses, ausgebranntes Fahrzeug und mehrere Fälle von Lärmbelästigung: das waren die Highlights während meiner fünfständigen Schicht. Dabei ist das nur ein winziger Ausschnitt aus dem Arbeitskatalog des Ordnungsdienstes. Gleichzeitig ist mir klar geworden, wie gering das Ansehen

6



des KOD bei vielen Menschen ist (paradoxiere ist die Aggressivität und Ablehnung nach Aussage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nirgendwo so groß wie auf der Nordbahntrasse). Und mir ist klar geworden, dass mit der vorhandenen Zahl an Angestellten die gewünschte Präsenz gerade an konfliktreichen Orten nicht hergestellt werden kann. Wir

brauchen keine „neue Robustheit“, keine Symbol-Politik mit Videoüberwachung oder sonstiges Law & Order-Gedöns, das über eine Placebo-Wirkung nicht hinausgeht, sondern einen handlungsfähigen Kommunalen Ordnungsdienst mit mehr Präsenz vor Ort und eine deutliche Steigerung der Akzeptanz seiner Arbeit in der Bevölkerung.

Café Berlin: Fraktionsvorsitzende Anja Liebert

Im Rahmen des Sommerpraktikums der GRÜNEN Ratsfraktion besuchte ich das Café Berlin in der Schwarzbach, direkt am Berliner Platz. Das Café bietet Montag bis Freitag ab 8:30 Uhr die Möglichkeit, preiswert Kaffee zu trinken und kleine Snacks zu bekommen, zusätzlich wird von 9 bis 12 Uhr eine offene Beratung angeboten. Gemeinsam mit der Leiterin der Einrichtung, Frau Ennig, habe ich in zahlreichen

Gesprächen mit Hilfesuchenden erfahren, wie wertvoll die Hilfsangebote dort sind. Mein Fazit: Der Vorteil der offenen Beratungssprechstunde ist, dass die Hilfesuchenden ohne Termin oder Voranmeldung kommen können und meistens am gleichen Tag kompetente Hilfe bekommen. Ob Schriftverkehr mit Behörden oder Fragen zu Verträgen etc., manchmal reichen bereits kleine Hilfestellungen, damit die Gäste des Café Berlin anschließend besser zurecht kommen.

7



NEUES AUS DEM LANDTAG NRW

MONIKA DÜKER, GRÜNE FRAKTIONS-VORSITZENDE & BERGISCHE ABGEORDNETE

GRÜNE Vorschläge für starke Städte

Eingestürzte Dächer, ein Einkaufszentrum unter Wasser und überflutete Gänge in der Universität: Die Bilder vom Wuppertaler Starkregen werden wir so schnell nicht mehr vergessen. Solche Wetterextreme werden häufiger, das zeigte auch der Dürresommer in NRW. Der Klimawandel liegt nicht in ferner Zukunft, sondern ist bereits Realität – und viele Städte sind darauf nicht ausreichend vorbereitet. Die Landesregierung lässt die Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgaben im Stich. Dasselbe gilt für die Entschuldung notleidender Kommunen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen, ihre Schulden abzubauen.

Am 29. Mai verloren viele Bürger*innen Hab und Gut, Häuser wurden beschädigt und Autos weggeschwemmt. Einige Schäden ersetzen Versicherungen, andere ersetzt das Land per Soforthilfe. Andere Geschädigte tragen die entstandenen Kosten selbst, etwa die Stadt. Sie muss beschädigte kommunale Gebäude und Straßen aus eigener Kraft instand setzen, denn in NRW fehlt ein geeignetes Vorsorgeinstrument. Als Landtagsfraktion haben wir deswegen einen Extremwetterfonds gefordert, in den



Foto: privat

Land und Kommunen gemeinsam einzahlen. Im Katastrophenfall wäre so für schnelle Hilfe gesorgt. Die Regierungsfaktionen von CDU und FDP lehnten den Antrag jedoch ab. Neben schneller Hilfe bei Katastrophen brauchen Kommunen Strategien zur Klimafolgenanpassung. Damit sich Städte nicht aufheizen, müssen mehr Flächen entsiegelt und begrünt werden. Auch Frischluftschneisen können ebenso wie Fassadenbegrünungen für bessere Luft und kühlere Temperaturen sorgen.

Ein Fonds für kommunale Altschulden

Ideenlos und ohne Initiative präsentiert sich die Regierung bislang bei den kommunalen Altschulden. Nach dem Stärkungspakt Stadtfinanzen können viele notleidende Kommunen inzwischen einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren, haben aber trotz aller Sparanstrengungen kaum Chancen, ihre Schuldenberge aus eigener Kraft abzutragen. Nur mit einer Entschuldung können die Konsolidierungserfolge nachhaltig abgesichert werden. Denn sollten die Zinsen in absehbarer Zeit wieder steigen, werden Kassenkredite erneut zum großen Problem. Wenn Kommunen das Geld für die Daseinsvorsorge fehlt, bekommen das die Bürger*innen unmittelbar schmerzhaft zu spüren. Deswegen sehen wir im Abbau der Altschulden eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu deren Lösung Bund und Land beitragen sollten. Wir schlagen einen Fonds vor, in dem Bund und Land einen Teil der kommunalen Altschulden bündeln und bedienen. Im Gegenzug würden sich die entlasteten Kommunen zu einer weiteren Konsolidierung verpflichten. Langfristig könnten die Städte und Gemeinden so wieder leistungsfähig werden.

SACHSTAND DÖPPERSBERG

UND DIE ARCHITEKTUR FÜR DAS CAFÉ COSA

In den Sommerferien wurde ein weiteres Stück des Gesamtprojekts Döppersberg für die Öffentlichkeit freigegeben.

Interessiert gingen die Menschen durch die Mall und suchten die zukünftigen Lokale. Das Reisezentrum wird hinten links eröffnen (nur wann?), ein REWE-Markt vorne links. Sogar Toiletten wird es geben, betrieben von einer Firma im Auftrag der Bahn, also nicht kostenlos. Gleichzeitig wurde die Straße Döppersberg freigegeben. Damit ist jetzt die Einfahrt in das Parkhaus unter dem Busbahnhof möglich, und auch die vier „Kiss and Ride“-Parkplätze können erreicht werden. Wer innerhalb von 10 Minuten das Parkhaus wieder verlässt, zahlt nichts.

Der Busbahnhof soll im Herbst eröffnen. Schon jetzt gibt es im Parkhaus auf der unteren Ebene 20 Fahrradboxen, die über die WSW gemietet werden können. Der Bau des Radhauses verzögert sich. Es könnte 2019 fertig werden. Im Juli ging das Gerücht um, weder Primark noch das FOC in der Bahndirektion würden eröffnen. Wir haben zwar keine hellseherischen Fähigkeiten, doch glauben wir, dass beide Projekte mit Verzögerung reali-

siert werden. Bei der Seilbahn steht es eher unentschieden. Zwar könnten die WSW jetzt das ehemalige Fundbüro als Start für die Seilbahn erwerben, doch ob sie jemals kommt, ist unsicher. Bei allen Beteiligten herrscht Unzufriedenheit mit der Deutschen Bahn. Sie macht aus den Mieter*innen der Mall und den Eröffnungsterminen ein Staatsgeheimnis. Zwar gibt es Telefonkonferenzen, doch es fehlt ein übergreifendes Projektmanagement, das die Teilprojekte der Stadt, der Bahn und der Clees-Gruppe koordiniert. Am 9. Juli beschloss der Rat die Gestaltung des Wupperparks. Der besteht aus einem Info-Pavillon für Tourist*innen, dem Abgang zur Disko im ehemaligen Bunker und dem Café Cosa. Bei der Gestaltung haben wir GRÜNE für den Siegerentwurf eines Architektenwettbewerbs gekämpft. Beschlossen hat der Rat eine Gestaltung, die an Bauten aus den 50er Jahren. Die Begründung lautete, mit diesem Entwurf könnten die Besucher*innen des Café Cosa besser von den Tourist*innen ferngehalten werden. Wir sagen: Die Stadt gehört allen. Auch Drogenabhängige haben das Recht, sich überall auf öffentlichen Wegen und Plätzen aufzuhalten.

BAUWETTBEWERB SOLAR DECATHLON EUROPE 2021

EINE HERAUSRAGENDE CHANCE FÜR WUPPERTAL

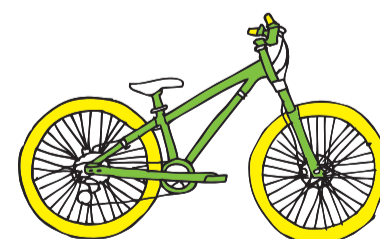
Die Bergische Universität bewirbt sich in Zusammenarbeit mit der Stadt Wuppertal, dem Wuppertal Institut, der Neuen Effizienz und der Wuppertaler Quartierentwicklungsgesellschaft mit ihrem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ausgezeichneten Konzept „Solar Decathlon goes Urban“ um Wuppertal als Austragungsort des Bauwettbewerbs Solar Decathlon Europe 2021.

Gegenstand des Uni-Konzeptes „Solar Decathlon goes Urban“ ist die Entwicklung innovativer, nachhaltiger Ideen im Bereich des urbanen Woh-

nens und der energetischen Gebäudesanierung unter Berücksichtigung der vorhandenen sozio-ökonomischen Strukturen im Mirker Quartier. Der Bauwettbewerb Solar Decathlon Europe ist weltweit einer der renommiertesten Bauwettbewerbe für Studierende aus aller Welt. Ein Zuschlag für Wuppertal als Austragungsort würde bedeuten, dass der auf internationale Beteiligung ausgerichtete Wettbewerb für Solarenergie-Gebäude auf dem Gelände von Utopiastadt und im Mirker Quartier auf ein äußerst großes Interesse stoßen würde. Die zu erwar-

tenden Kosten in Höhe von ca. 15 Millionen Euro würden zum überwiegenden Teil vom BMWi getragen, und Wuppertal könnte sich im Rahmen seiner schon bestehenden Aktivitäten als Transformationsstadt international hohes Ansehen erwerben.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drückt dem Team von Gesamtkoordinator Dr. Daniel Lorberg von der Bergischen Uni fest die Daumen und würde sich über den Solar Decathlon Europe 2021 im Mirker Quartier sehr freuen.



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.



GASTKOMMENTAR: ETHIK-UNTERRICHT AN GRUNDSCHULEN – NICHT IN UNSERER STADT?

■ VOM HUMANISTISCHEN VERBAND NRW, WUPPERTAL/BERGISCHES LAND

Seit Langem fordert der Humanistische Verband die Einrichtung eines allgemeinen Fachs „Ethik, Religionen, Weltanschauungen“. Auch die Gewerkschaft der Lehrkräfte (GEW) hat unlängst ihre Forderung nach einem allgemeinen „bekenntnis-unabhängigen Werteunterricht in der Grundschule“ bekräftigt. Der HVD will in Wuppertal diese Idee aufgreifen und spricht mit Parteien, der GEW und anderen, um ggf. für ein Modell-Projekt in der Stadt zu werben. Die Stadtverwaltung zählte bei 12.769 Grundschulern im letzten Schuljahr 3.173 Kinder ohne Konfession. Das entspricht fast 25%! Nach den Ver-

hältnissen an den einzelnen Grundschulen wurde nicht gefragt. Auch der Elternwille ist der Stadt unbekannt. Viele Lehrkräfte und Schulleitungen würden gern Sinnvolles mit ihren konfessionsfreien Schüler*innen in der Unterrichtszeit anfangen, die sonst während des Religionsunterrichts nutzlos verstreicht. Im September 2017 hatten die GRÜNEN im NRW-Landtag einen Antrag „Philosophie für Kinder“ eingebracht. Es sollte geprüft werden, wenigstens ein „Ersatzfach“ in den Grundschulen einzuführen. Für die Klassen 5 bis 13 gibt es die „Praktische Philosophie“. Dieser Vorschlag



bekam reichlich positives Echo – sogar die Katholische und die Evangelische Kirche waren dafür!

Die CDU-FDP-Landesregierung will laut Koalitionsvertrag den „Ethik-Unterricht an Grundschulen ermöglichen“, hat aber diesen gleichsinnigen

Antrag der GRÜNEN im Landtag abgelehnt. Entsprechende Unterstützung und Vorbereitung durch das Ministerium wären von großer Bedeutung, aber Lehrkräfte werden mit der Gestaltung der Betreuung konfessionsfreier Kinder alleingelassen. Weder personelle Ressourcen noch konzeptionelle Unterstützung oder entsprechende Fortbildungen stehen zur Verfügung. Der Humanistische Verband unterstützt Eltern und Lehrkräfte in Wuppertal dabei, bekenntnis-unabhängigen Werteunterricht zu erreichen. Lehrkräften könnte z.B. ein Nachmittagsworkshop zu Methoden des „Phi-

losophierens mit Kindern“ helfen. Derzeit ist noch kein Träger für diese Maßnahme gefunden.

Eltern hatten angefragt, warum es in Wuppertal keine humanistische Einschulungsfeier gibt, und würden auch „Humanistische Lebenskunde“ als alternativen weltlichen Bekenntnisunterricht begrüßen. Sicher gibt es noch mehr Ideen, und es wäre interessant, einen Anfang zu machen und etwas zu erproben. Als Kontakt und zur Information haben die Humanist*innen in Wuppertal eine Web-Plattform eingerichtet:

www.ethik-unterricht-wuppertal.de

KURZ & KNAPP

MARTIN-GAUGER-BRÜCKE



Im vergangenen Jahr wurde die Brücke an der Schwebebahnstation Landgericht nach dem Juristen Martin Gauger benannt, der sich gegen die Nazis stellte und das mit seinem Leben bezahlte.

Die Bezirksvertretung Elberfeld forderte, dass neben der Gedenktafel auch ein Straßenschild aufgestellt werden sollte. In der Sitzung der Bezirksvertretung am 27. Juni stimmte die BV dem Vorschlag der Verwaltung zu, die Brücke in „Martin-Gauger-Straße“ zu benennen. Damit wird der kurze

Abschnitt in das offizielle Straßenverzeichnis der Stadt aufgenommen. Martin Gauger wurde am 4. August 1905 in Elberfeld geboren. 1933 begann er bei der Staatsanwaltschaft Wuppertal zu arbeiten. Nachdem er 1934 den Eid auf Hitler verweigert hatte, wurde er sofort von den Nationalsozialisten entlassen. Später floh er in die Niederlande, wurde verhaftet und in Pirna ermordet. Nach ihm ist ein Preis benannt, den der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW alle zwei Jahre an Schülerprojekte zum Thema Menschenrechte verleiht.

ZUM ERSTEN MAL STADTRADELN IN WUPPERTAL!

■ EIN VOLLER ERFOLG, 1.115 RADLER*INNEN MACHEN MIT

Seit Jahren haben sich die GRÜNEN für die Kampagne „STADTRADELN“ des Klimabündnis (klimabuendnis.org) eingesetzt und für die Teilnahme Wuppertals geworben.

Dieses Jahr hat der Verkehrsausschuss endlich grünes Licht gegeben: vom 02. bis zum 22. September wurde geradelt, was die Pedale hergab. 167 Teams und 1.015 Teilnehmer*innen haben insgesamt 262.827 Kilometer erradelt und dabei 37 Tonnen CO₂ eingespart (Stand: 24.09.18)

STADTRADELN ist eine Kampagne des Klimabündnisses, ein Netzwerk von mehr als 1.700 europäischen Städten, Gemeinden und Landkreisen, dem Wuppertal bereits seit 1991 angehört. Ziel des STADTRADELNS ist, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und die nachhaltige Fahrradmobilität zu fördern.

Mit 1.115 Teilnehmer*innen hat Wuppertal bewiesen, das Radfahren auch im Bergischen mit Leidenschaft und Freude praktiziert werden kann. Ganz unterschiedliche Teams haben sich zusammengefunden, ob Vertreter*innen des Rates und der Bezirksvertretungen, Parteien, Studierende, Schulklassen, Vereine, kirchliche Organisationen, Quartiersgemeinschaften, Unternehmen, Privatpersonen und,

und, und ... Das Team „Fahrradstadt Wuppertal“ war mit 132 Teilnehmer*innen das größte und auch das aktivste. Auch ein Team „der radelnde Rat“ des Wuppertaler Stadtrates ging an den Start, ebenso das Team der GRÜNEN „die grüne Pedale“. Mit STADTRADELN gehört Wuppertal nun auch in den Reigen der Städte, die zeigen, wie sinnvoll das Fahrrad als Verkehrsmittel ist, wieviel Spaß das Radeln macht und wie gesundheitsfördernd es ist.

Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass Wuppertal nun regelmäßig jedes Jahr teilnimmt und die Anzahl

der Aktiven weiter steigt. Schließlich hat sich die Stadt Wuppertal zum Ziel gesetzt, Fahrradstadt zu werden. Das geht nur, wenn sich die Verantwortlichen dazu bekennen, die Infrastruktur für den Radverkehr auszubauen, sichere Radwege zu schaffen, die Anbindung zur Nordbahntrasse zu optimieren und auch im städtischen Haushalt die Mittel zur Verfügung stellen. Umsonst wird es keine Fahrradstadt geben. Im Interesse einer nachhaltigen Mobilität, guter Luft und verstärktem Klimaschutz muss auch das Radverkehrskonzept zügig beschossen umgesetzt werden.



GASTBEITRAG: SOMMERUNIVERSITÄT DER FRANZÖSISCHEN GRÜNEN EELV IN STRASSBURG

■ VOM KREISVORSTAND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WUPPERTAL

Jedes Jahr organisieren die französischen GRÜNEN (EELV, Europe Écologie Les Verts) eine „Sommeruniversität“ – ein offenes Sommercamp für alle Mitglieder und Sympathisant*innen, um mit Workshops und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen die politische „Retournée“ nach den langen Sommerferien einzuläuten.

Dieses Jahr war der Schwerpunkt Europa – und Straßburg als europäische Parlaments- und Grenzstadt hierfür der ideale Ort. Neben den französischen Abgeordneten der EELV im Europaparlament Karima Delli und Yannick Jadot waren viele europäische Aktivisten und Abgeordnete eingeladen. Aus Deutschland waren Ska Keller, Sven Giegold und Reinhard Bütikofer vertreten. Sven sprach bei einer Veranstaltung zum Verhältnis von Partei und sozia-



Foto: privat

len Bewegungen – mit Unterstützung unserer Sprecherin Claudia Schmidt. Unsere französischen Freunde aus Saint-Étienne, Nicolas Patureau und Roland Comté, haben einen Workshop

über unseren „GRÜNEN-deutsch-französischen“ Austausch geplant und durchgeführt. 25 Personen nahmen an dem Workshop teil.

„Unsere Partnerschaft hat ein großes

Echo ausgelöst. Eine tolle und entspannte Diskussion und viele Anregungen für alle Beteiligten“, so Axel Frevert, Vorstandsmitglied des KV Wuppertal. Anna Deparnay-Grunenberg, GRÜNEN Ratsmitglied in Stuttgart und 2017 Kandidatin der EELV für die Auslandsfranzosen Mittel und Osteuropa, möchte unsere Idee aufnehmen und der Partnerschaft der GRÜNEN Straßburg-Stuttgart auf die Sprünge helfen. Ein Elsässischer GRÜNER aus Selestat berichtete über den Erfahrungsaustausch mit den GRÜNEN aus dem Partnerstädtchen Waldkirch zum Thema Flüchtlinge.

Claudia Schmidt fasste nach zwei turbulenten Tagen ihren Eindruck so zusammen: „Allen Sprachbarrieren zum Trotz ist es erstaunlich, wie nahe wir uns im Kreis der europäischen

GRÜNEN sind. Wir stehen für die gleichen Ziele, und das spürt man.“

„Wir GRÜNEN sind die letzten Europäer und können stolz darauf sein“, so Axel Frevert.

Die nächsten Aktionen sind schon vereinbart: Im Februar besucht eine Gruppe aus Saint-Étienne und Wuppertal gemeinsam mit GRÜNEN aus Belgien das Europaparlament und diskutiert mit den Abgeordneten Sven Giegold und Michèle Rivasi.



RATS-CHRONIK MAI 2018

Wuppertal ist pestizidfrei – nicht ganz!

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt wurde unser GRÜNER Antrag „Wuppertal wird pestizidfreie Kommune“ nur teilweise beschlossen. Wuppertal gilt in Bezug auf die städtischen Grünflächen als pestizidfrei. Daher forderten wir, dass diese Information auf der Internetplattform des BUND veröffentlicht werden soll. Dem stimmte der Ausschuss nicht zu, ebenso wenig wie dem Vorschlag, Landwirt*innen zu unterstützen, wenn sie auf den Einsatz von Pestiziden wie z. B. Glyphosat und Neonicotinoiden verzichten oder Ökolandbau betreiben. Es wurde lediglich beschlossen zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Anlage von blühenden Ackerstreifen ausgeweitet werden kann. Wir GRÜNEN werden natürlich am Ball bleiben und uns weiter für mehr Arten- und Insektenschutz einsetzen.

Elternbeitragsatzung gerechter gestalten, Wegducken gilt nicht!

Schon im März haben die GRÜNEN einen Antrag gestellt, die Elternbeitragsatzung für die Kinderbetreuung in Wuppertal gerechter zu gestalten. In der Ratssitzung wurde das Thema auf den Jugendhilfeausschuss geschoben. Der hat zwar am 14.04.18 getagt, das Thema aber nicht auf die Tagesordnung gesetzt und damit einen Ratsbeschluss ignoriert. In absehbarer Zeit will die Verwaltung einen eigenen Vorschlag unterbreiten. Wir GRÜNEN wollen, dass Eltern wie in den meisten anderen Städten in NRW erst ab einem höheren Einkommen zur Kasse



Archivfoto: Jörg Lange

gebeten werden. In Wuppertal zahlen Eltern schon ab einem jährlichen Einkommen von 12.501 Euro für die Betreuung ihrer Kinder in einer Kita oder in der Tagespflege Gebühren, das finden wir unfair.

Datenschutzgrundverordnung: Wuppertal braucht Hilfe bei Umsetzung

Eine Anfrage der GRÜNEN Ratsfraktion hat aufgedeckt, dass die Stadt die Frist der neuen EU-Datenschutzgrundverordnung nicht umfassend einhalten kann. Die Verordnung dient dem Schutz der Verbraucher*innen und ist seit 25. Mai gültig. In der ausführlichen Antwort erläutert die Verwaltung, dass auch das Landesdatenschutzgesetz NRW noch nicht fertig ist und Vorgaben der Aufsichtsbehörden fehlen. Die

braucht es eigentlich für die Umsetzung in der Verwaltung. Immerhin: Der GRÜNE Vorschlag, über den Städtetag Hilfe einzufordern, wurde vom Oberbürgermeister gerne angenommen.

Öffentliche Spielflächen in Wuppertal

In einer Anfrage erkundigten wir uns im März, welche Maßnahmen im Spielflächenbedarfsplan aus dem Jahr 2012 mittlerweile umgesetzt sind. Der nächste Plan steht vor der Tür, deshalb ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen: 42 Spielflächen mit insgesamt 75.286 Quadratmetern Spielfläche sollten z. B. in sogenannte Naturerfahrungsräume (NER) umgewandelt werden. Die Antwort der Verwaltung macht klar, dass diese Flächen nach wie vor Spielflächen sind, sie müssen bislang aus Personal-

mangel jedoch ohne Konzept auskommen. Wir haben uns im ganzen Stadtgebiet Flächen angeschaut. Ergebnis: Größtenteils sind sie in keinem Zustand, der den Namen „Naturerfahrungsräume“ verdient.

Handlungsprogramm Gewerbeflächen

Mit großer Mehrheit wurde die Vorlage der Verwaltung beschlossen. Wir GRÜNEN betonten, dass wir uns gegen die gewerbliche Erschließung von ökologisch wertvollen Flächen wie der Kleinen Höhe, der Grünfläche an der Nächstebrecker Straße oder der Gewerbefläche Blumenroth aussprechen.

Der Vorlage haben wir zugestimmt, weil die Verwaltung darin Qualitätskriterien festgelegt hat und auch das Recycling von Brachflächen als Ziel aufgenommen wurde, damit möglichst viele dieser Flächen wieder gewerblich genutzt werden können.

Datenbank für Potenzialflächen

Als Ergänzung zum Handlungsprogramm Gewerbeflächen haben wir den Antrag gestellt, dass die Verwaltung ein Konzept zur Erfassung von Potenzialflächen auflegen soll. Er wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

In einer Datenbank werden nun alle Flächen mit Potenzial (auch leer stehende Gebäude und Parkplätze) systematisch erfasst. Darin sollen auch Flächen eingepflegt werden, die neu genutzt werden können, z. B. noch unbebaute, deren Gebäude jedoch abgängig sind. Ein Beispiel dafür ist die ehemalige Gärtnerei an der Stollenstraße (13.000 qm).

Neubau einer Vierfachsporthalle an der Nevigeser Straße

Mit dem Durchführungsbeschluss zum Neubau der Sporthalle ist ein weiterer Schritt getan, damit die Schüler*innen der Grund- und Gesamtschule an der Kruppstraße nicht mehr lange Wege für den Schulsport in Kauf nehmen müssen, sondern nur noch über die Straße zu gehen brauchen. Wir haben dem Beschluss gerne zugestimmt.

Mobilitätskonzept für Wuppertal

Der Wuppertaler Rat beschloss die Erstellung eines Mobilitätskonzepts mit dem Ziel eines nachhaltigen städtischen Verkehrssystems. Zu Beginn wird eine Verkehrsbefragung durchgeführt, die letzte stammt aus dem Jahr 2011. Nach einigen Vorarbeiten soll 2020/2021 ein externes Mobilitätskonzept erarbeitet werden. Das dauert zwar angesichts der aktuell anhaltend hohen Wuppertaler Luftbelastung alles sehr lange und bleibt weit hinter den GRÜNEN Vorschlägen zurück, ist aber ein Schritt in die richtige Richtung, deshalb stimmten wir dem Vorschlag zu.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter www.gruene-wuppertal.de.

RATS-CHRONIK JULI 2018

Demonstration am 16.06. – Abstimmungen im Vorfeld

Da es einige Unstimmigkeiten rund um die Demos am 16.06. gab, stellten wir GRÜNEN eine Anfrage, in der wir uns detailliert nach den Hintergründen und Abläufen der Ereignisse erkundigten. Der Polizeipräsident hatte z. B. geäußert, dass die Polizei erst kurzfristig von einer zeitgleich geplanten Veranstaltung erfahren habe und deshalb die Demoroute nicht mehr hätte ändern können. Die Verwaltung antwortete jedoch auf unsere konkrete Nachfrage, dass die Info bereits einen Monat vor der Demo an die Polizei geschickt wurde.

Aktuelle halbe Stunde zu „Demonstrationen in Wuppertal am 16.06.2018“

Auf Antrag unserer GRÜNEN Ratsfraktion gab es im Rat eine Aktuelle halbe Stunde, zu der auch der Polizeipräsident eingeladen wurde. Leider sagte er mit Hinweis auf „laufende Ermittlungen“ ab. Wir wollten nicht nur bundesweit in den Medien Berichte über die Demonstrationen am 16.06. lesen oder Berichte aus dem Innenausschuss des Landtages NRW, sondern auch im Rat der Stadt Wuppertal diskutieren. Wir machten deutlich, worum es geht: fehlendes Vertrauen in die Polizeiführung, wer wusste wann was über eine zeitgleich zu der Neonazi-Demo geplante Veranstaltung und die brutale Ingewahrnehmung von Demonstranten. CDU und FDP stellten sich in der Diskussion reflexartig schützend vor die Polizei, GRÜNE und LINKE waren die einzig kritischen Fraktionen, die SPD war an diesem Punkt ohne Meinung.

Einsatz der Polizei am 16.06., Ersetzungsantrag

Die LINKE Fraktion stellte einen Antrag, der sich in erster Linie gegen das Verhalten der Polizei vor und während der Demonstrationen richtete. Wir GRÜNEN fanden ihn sehr eindimensional, denn auch die Stadt muss sich fragen lassen, ob die Koordination im Vorfeld hätte besser laufen können. Deshalb stellten wir GRÜNEN einen Antrag, der den Inhalt der LINKEN komplett ersetzte. Er dankt zunächst den vielen hundert Demonstrant*innen, die an dem Tag gegen Neonazis auf die Straße gingen, rügt dann das Verhalten einzelner brutaler Polizeibeamt*innen und fordert abschließend, dass Verwaltung und Polizei bei zukünftigen Demos ihre Zusammenarbeit verbessern. Der Antrag fand leider keine Mehrheit, SPD, CDU und FDP lehnten ihn ab.

Eine Bundesgartenschau für Wuppertal?

Ob eine Bundesgartenschau für Wuppertal sinnvoll ist oder zu teuer, ob sie ökologisch ausgerichtet wird und neue Baugebiete auf der grünen Wiese geplant sind und wann sie denn nun stattfinden soll, das sind zentrale Fragen, die noch nicht beantwortet sind. Spätestens mit einer Grundsatzentscheidung müssen diese Fakten vorliegen. Ein Antrag von SPD und CDU, der eher eine Art überflüssige Interessenbekundung ist (die GRÜNEN enthielten sich bei der Abstimmung), sowie ein Antrag der LINKEN, der schon jetzt einen Ratsbürgerentscheid fordert, obwohl noch keine weiteren Infos vorliegen (weshalb die GRÜNEN

ihn ablehnten), bringen den Rat in der Sache nicht weiter.

Metropolregion Rheinland: Wuppertaler Engagement und regelmäßige Berichterstattung

Auf Antrag unserer GRÜNEN Ratsfraktion sollte der Oberbürgermeister 1,5 Jahre nach Beschluss des Beitritts zur Metropolregion Rheinland berichten, wie sich die konkrete Arbeit gestaltet. Nach wie vor ist unklar, welche Initiativen die Bergischen Oberbürgermeister in das Gremium einbringen konnten, und wir beantragten, dass regelmäßig ein Bericht über aktuelle Themen und Entwicklungen in der Metropolregion vorgelegt werden sollte. Der Antrag wurde zunächst in den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen.

Situation der Qualifizierung von Kindertagespflegepersonen (KTPP)

Die GRÜNEN fragten nach der Zahl der Tagespflegepersonen, die in Wuppertal tätig sind. Aktuell sind es 200, so die Antwort der Verwaltung. Seit 2013 wurden allerdings 300 Tagespflegepersonen in Wuppertal ausgebildet. Leider kann niemand sagen, weshalb 100 ausgebildete Tagespflegepersonen nicht in Wuppertal arbeiten, obwohl sie dringend für die Kinderbetreuung gebraucht würden.

Radschnellweg Wuppertal–Düsseldorf

Als die GRÜNEN aus der WZ erfuhren, dass ein Radschnellweg Wuppertal–Düsseldorf geplant ist, waren wir sehr erfreut, denn das wäre ein weiterer Meilenstein in Richtung Fahrradstadt Wuppertal. Deshalb luden wir am 23.06. gleich zu einer Befahrung

der Strecke per Fahrrad ein, viele fuhrten mit. Auf die Anfrage, wie der Sachstand der Planung zwischen den Städten ist und welche Vereinbarungen getroffen wurden, erhielten wir leider keine Antwort, OB Mucke konnte das Thema zwar in die Medien bringen, aber eine konkrete Absprache mit seinen Kollegen fand noch nicht statt. Deshalb wird die Anfrage erst im Verkehrsausschuss beantwortet.

Autonomes Zentrum

In einem Antrag wollte die FDP die zwischen Stadt und Autonomem Zentrum bestehenden Verträge auf den Prüfstand stellen. Zu vermuten ist, dass sie im Ergebnis den Autonomen ihr Zentrum nehmen möchte. Beim Thema Gewalt in Verbindung mit dem Autonomem Zentrum denken wir zuerst an die Messerattacke 2015 durch Neonazis gegen einen AZ-Besucher. Die Autonomen tun sich insbesondere durch gute Arbeit gegen Rechtsextremismus hervor, die Gefahr kommt nicht von links! Der Antrag wurde in den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen Oktober–Dezember

Vier unterschiedliche Anträge auf Ladenöffnungen an Sonntagen wurden im Rat behandelt. Wir GRÜNEN stimmten differenziert ab: Die Sonntagsöffnung z. B. in Barmen anlässlich des Schokoladenfestivals chocolART ist sinnvoll und auch mit den gesetzlich vorgesehenen Zahlen hinterlegt, bei anderen Vorlagen, wie z. B. dem Antrag für Anfang Dezember in Elberfeld, ist das jedoch nicht der Fall, deshalb lehnten wir diese Vorlage ab.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 0202. 563. 6204
Fax: 0202. 59 64 88
E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:
Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Karin Bohr, Bettina Brücher, Klaus Lüdemann, Guido Mengelberg, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz

Gastkommentare:
Humanistischer Verband NRW,
Wuppertal/Bergisches Land
KV Bündnis 90/Die Grünen Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Mathias Kehren

Satz und Gestaltung:
werkmarie, Rudolfstr. 28a,
42285 Wuppertal

Druck:
talevent GmbH, Rudolfstr. 28a,
42285 Wuppertal

Auflage: 25.500

Diese Ausgabe liegt u. a. aus im
ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e. V.,
Simonsstraße 36; AstA, Berg. Universität;
Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4;
die börse, Wolkenburg 100; Café Moritz,
Höhe 22; Cinema, Berliner Straße;
Die Färberei, Peter-Hansen-Platz 1;
Fraktionsbüro GRÜNE, Johannes-Rau-
Platz 1; Kreisgeschäftsstelle GRÜNES
Büro, Friedrich-Ebert-Str. 76; Katzensgold,
Untergrünwaldstraße 3; Nachbar-
schaftsheim, Platz der Republik; Spunk,
Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!